

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVL, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Juli 1932

6. Jahrgang, Nr. 106

Massenabwehr!

Ungeheuerliches hat die österreichische Bourgeoisie abgeschlossen in Lausanne: Sie hat sich verpflichtet jenes Hungerprogramm, das den Massen neue Riesenopfer auferlegt (Verdoppelung der Warenumsatzsteuer usw.) noch zu verschärfen. Sie hat sich zur «Sanierung der Bahn» verpflichtet, zu einem niederträchtigen Raubzug auf die Eisenbahnen. Sie hat sich verpflichtet das Gleichgewicht in den Budgets der Länder und Gemeinden so herzustellen, daß auch da die Lasten der Massen noch vermehrt, zugleich aber Ländern und Gemeinden das Recht für die Massen etwas zu tun noch mehr beschnitten wird. Sie hat sich zu einer Kontrolle der österreichischen Staatsfinanzen durch das Auslandskapital für 20 Jahre verpflichtet, weiters dazu, das Genfer Sklavenprotokoll bis 1952 anzuerkennen, das heißt weitere 20 Jahre auf politischen Anschluss, ja selbst auf eine bloße Annexion mit Deutschland zu verzichten (die deutsche Bourgeoisie durch Papen-Hitler hat das den französischen Imperialisten mitermöglicht). Sie hat sich verpflichtet, den ausländischen Gläubigern der Credit-Anstalt Milliarden in den Rachen zu werfen. Das alles für eine Anleihe von dreihundert Millionen Schilling, wovon praktisch 200 Millionen verbleiben, deren Verwendung aber unter Kontrolle des Auslandskapitals steht.

Arbeitswille oder Ausschaltung des Parlaments, all das schlucken oder die offene kapitalistische Diktatur wird aufgerichtet, schreibt die Bourgeoisie. Starhemberg unterstreicht dies durch offene Mobilisierung zum Staatsstreich.

Was tut die Sozialdemokratie? Sie bietet der Bourgeoisie die Koalition an. Die Regierung Dollfuß verfügt nur über eine Stimme Mehrheit, es wäre vernünftiger mit der Sozialdemokratie zusammen an das «Aufbauwerk» zu gehen, schreibt der sozialdemokratische «Abend» am 15. Juli. Die Sozialdemokratie verlangt von den Christlichsozialen die Politik des deutschen Zentrums, also die Koalition (inzwischen hat sich das Zentrum zur zweiseitigen Koalitionspolitik entwickelt, im Verhältnis zu den Nazis und zur SPD; soweit es auf die SP ankommt, wäre sie auch dazu bereit). Jeder Arbeiter kann sich an den Fingern ausrechnen, was bei dem «Kampf» der SP gegen den furchtbaren Raubangriff der Bourgeoisie herauskommen wird: eine sozialdemokratische Massenauflakanonade und Riesenopfer der Massen. Das berühmte «Notopfer der Allgemeinheit», in Form der erhöhten Warenumsatzsteuer, die alles verteuert, werden es die Massen selbst zahlen. «Um jeden Preis» Hilfe den Arbeitslosen schreibt die SP und hilft mit in den Gemeinden 5 Prozent auf den Fleischpreis daraufzuschlagen. «Um jeden Preis» — nur nicht um den Preis, daß Hilfe den Arbeitslosen leisten jene, die etwas haben, die Bourgeoisie. Mit der «Jugend am Werk» macht die SP Vorspann dem «freiwilligen» Arbeitsdienst, dessen Zweck ist, die Hungerlöhne noch viel tiefer zu drücken, Arbeit von den Arbeitslosen um einen Pappen-

stiel herauszuschinden unter faktischer Beseitigung alles sozialpolitischen Schutzes. Starke Worte und Augenauswischereien wie die Stadttrandsiedlungen, die zwar armen Teufeln eine geringfügige Erleichterung gewähren, aber an der Lage der Massen nicht das Geringste ändern, das ist die Politik der SP. Nichts haben die Massen von der Sozialdemokratie zu erwarten, nichts gegen die Arbeitslosigkeit, nichts gegen den Hunger, nichts gegen Lohnabbau, nichts gegen die Massensteuern, nichts gegen das Massenauswehren, nichts gegen den Faschismus, nichts, gar nichts als starke Worte, schöne Predigten über den Sozialismus und Augenauswischereien.

Worte ersetzen keine Taten, sagt die «Rote Fahne» (14. Juli) der Sozialdemokratie und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Zur vollen Wahrheit gehört noch dieses: Taten Einzelner, Taten kleiner Häuflein ersetzen nicht die Tat der Massen! Das ist es, wogegen die Politik der Kommunistischen Partei, die ihr von der Stalin-Bürokratie aufgezwungen ist, sündigt. Die «Rote Fahne» beteuert (14. Juli), daß noch große Arbeit für den Gedanken der roten Einheitsfront zu leisten ist und daß es ihr «sehnlichster Wunsch ist, daß viele Zehntausende zur roten, antifaschistischen Front stoßen». Wahrhaftig, diesen sehnlichsten Wunsch darf man ihr glauben, sie hat ihn schon geschlagen neulich. Neun Jahre lang müht sich die Stalin-Bürokratie die Massen zur roten Einheitsfront, das heißt unter Führung der KP zu bringen. Doch es sind nur immer noch erst kleine Häuflein von Kommunisten und revolutionären Arbeitern, die sie in diese ist zu mobilisieren. Selbst deren Kraft verpufft sie leichtfertig. Eine Aktion jagt die andere, keine gründlich vorbereitet, keine gut geführt. Die Kraft der Avantgarde wird überspannt, aufgerieben. Die Stalin-Bürokratie

lenkt die Anstrengungen der Kommunisten, der revolutionären Arbeiter in grundfalsche Richtung. Das ist die Hauptursache der Mißerfolge. Aus dieser unendlichen Kette der Niederlagen neun langer Jahre ist die Stalin-Bürokratie außerstande, sich umzustellen von der grundfalschen Linie ihrer Politik, von der stalinischen Linie auf die Linie Lenins. Sie kann nicht umlernen — sie müßte sich selbst aufgeben.

So wie in Belgien haben wir auch in Oesterreich eine Sozialdemokratie, die mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, und eine Kommunistische Partei, die durch die brankrotte Stalin-Politik, durch die korrupte Stalin-Bürokratie lahmgelagert ist. Gegen den furchtbaren Raubfeldzug der Bourgeoisie nichts tun, das heißt sich vom Hungerleib die Haut herunterschinden zu lassen für die Kapitalisten. Es hilft so wie in Belgien nur eins: Massenabwehr!

Die Massen selbst müssen auf den Plan, müssen selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen, müssen in allen Betrieben, in allen Stempelstellen Aktionsausschüsse bilden für die Massenkämpfe gegen den Hunger, gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg!

Schluß mit dem Aussteuern! Wiedereinreichung aller Ausgesteuerten in die Unterstützung! Keine Kürzung der Arbeitslosen mehr!

Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Bourgeoisie! Große produktive Arbeiten wie Ausbau der Wasserkräfte, Elektrifizierung der Bahnen, Urbarmachung des Oedlandes, Straßenbau, Wohnungsbau!

Beschaffung der Mittel durch progressive Besteuerung des Einkommens und Vermögens der Bourgeoisie! Entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens!

Schluß mit dem Lohnabbau! Vierzig-

stundenwoche ohne Lohnkürzung! Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland!

Schluß mit den Mordaktionen der Heimwehler und Nazis! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

An der SP ist nichts zu ändern. Von dieser kleinbürgerlichen Partei erwarten, daß sie proletarische Klassenpolitik treiben könnte, hieße sich selbst täuschen. Die Kommunistische Partei ist die Klassenpartei der Arbeiter, gelähmt heute durch Stalin-Politik, Stalin-Bürokratie. Ihre Klassenpartei aus dieser Lähmung befreien, sie gesunden, sie hinüberleiten auf die proletarische Klassenlinie ist Klasseninteresse aller Arbeiter. Denn die KP gesunden, heißt dem Massenkampf die notwendige Führung schaffen. Die Arbeiter müssen den Kampf um die Gesundung der KP, müssen den Kampf der Linksopposition um die Reform der KP unterstützen, müssen sie stärken im Interesse des Kampfes der Massen selbst. Vor allem aber ist das die Aufgabe und Pflicht aller ehrlichen, aller wirklichen Kommunisten: denn sie kennen die entscheidende Bedeutung einer ersten gesunden KP für den Kampf der Massen, für den Befreiungskampf des Proletariats; denn sie wissen, daß die Partei trotz ihrer größten Anstrengungen seit Jahren nicht vorwärts kommt, sondern zurückgeht. Nach so langen Jahren ist es wahrhaftig höchste Zeit, besonders in außerordentlicher Gefahr, daß vor allem die Kommunisten sich besinnen und tun, was unumgänglich notwendig:

Schluß mit der Stalin-Politik, die die KP von den Massen isoliert! Heran an die Massen, zurück zur Leninschen Politik, die allein das ermöglicht! Stärkt die Linksopposition! Rückberufung der Linksopposition in die Kommunistische Partei!

Staatsstreich als Mittel zum Staatsstreich

Proletarische Einheitsfront!

Um die große Möglichkeit bei den Wahlen durch ihren Terror die Mehrheit zu erlangen, haben die Hindenburg-Papen den Naziterrorbanden freie Bahn gegeben. Doch der Widerstand war viel stärker als sie gerechnet, die Massen begannen sich zur Wehr zu setzen. Darum Staatsstreich Nr. 2 schon vor den Wahlen. Darum der Preußenkommisär, die Absetzung Braun-Severings, des ganzen Preußenministeriums, um die Polizeigewalt unmittelbar und voll in die Hand zu bekommen. Darum, der Ausnahmezustand, darum die Knebelung der Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit usw. Darum das Verbot der K.P.D. in kürzester Zeit. All dies ist Mittel für die Wahlen und fürs letzte Ziel: Die Papen-Hitler-Hindenburg-Wilhelm gehen ent-

schlossen los mit allen und äußersten Mitteln auf die Restauration der Hohenzollernmonarchie, auf die volle Versklavung der Arbeiter.

Schwerste Schuld lastet auf der Sozialdemokratie. Ihre Politik von 1918/19, ihre Politik durch die ganzen langen Jahre hat die Konterrevolution emporgeführt. Das einzige was helfen konnte, die proletarische Einheitsfront, sie hat sie sabotiert.

Kampffios hat die Sozialdemokratie ihre Machtpositionen der Konterrevolution ausgeliefert.

Schwere Schuld lastet auf Stalin, auf Stalins Bürokratie: sie waren es, sie sind es, die durch ihren Zentrismus der Sozialdemokratie die Fortsetzung der Verrats-

politik, sie waren, sie sind es, die der Sozialdemokratie die Sabotage der proletarischen Einheitsfront ermöglicht.

Die Kampfeinheitsfront der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands hätte diesen Staatsstreich verhindert. Die Papen-Hitler-Hindenburg konnten diesen Staatsstreich nur wagen, weil die Sozialdemokratie mit ihrer Koalitionspolitik die deutsche Arbeiterklasse verrät und der Stalinismus die Kommunistische Partei lähmt.

Wie immer die Wahlen ausgehen und erst recht, wenn es zu Wahlen gar nicht kommen sollte — auch das ist nicht ausgeschlossen — die letzte Entscheidung wird fallen im offenen Kampf. In diesem Kampf werden die Massen siegen, wenn sie nicht zerrissen sind durch der Sozialdemo-

kratie «eisernes» Front und nicht durch Stalins «rote» Front, sondern vereint sind, vereint kämpfen als proletarische Front.

Mit allen Mitteln sabotiert die Sozialdemokratie auch jetzt in der Stunde der höchsten Gefahr das Erstehen der proletarischen Front. Doch auch jetzt noch kann die KPD die Wendung für die Arbeiterschaft herbeiführen, in dem sie sofort zur leninischen Taktik übergehend die Bildung der proletarischen Einheitsfront der SPD, der Ge-

werschaften mit der KPD durch Massen- druck von unten erzwingt für ein konkretes Kampfprogramm zur Niederwerfung des Staatsapparates, zur Niederwerfung des Faschismus.

So und nur so wird der Massenstreik die Millionenmassen der deutschen Arbeiter erfassen und darüber hinaus sich entfaltend zum Kampf der Millionenmassen mit allen und äußersten Mitteln den Staatsapparat, den Faschismus nieder- schlagen.

Dem Staatsstreich entgegen

Masseneinheitsfront! Massenkampf!

Der nachstehende Artikel ist verfaßt vor den letzten Ereignissen in Deutschland.

Wie immer die deutschen Wahlen ausgehen — Junker, Generale, Nazi, Großkapital steuern auf Staatsstreich, Standrecht, Ausnahmezustand, Reichskommissär für Preußen, Verbot der KPD, das sind ihre nächsten Etappen und gleich dahinter der weitere Ausbau der diktatorischen Gewalt des Platzhalters für die Hohenzollern, des Reichspräsidenten. Die Nazis stehlen ihren Bluterror nicht nur um der Wahlen willen. In Wirklichkeit haben sie den Bürgerkrieg bereits eröffnet um des Staatsstreiches willen. Wer auf die Spannungen zwischen Papen und Hitler, auf die Differenzen des Zentrums mit Papen und Hitler baut, der baut auf Sand. Wilhelm, Hindenburg, Papen, Hitler müssen und werden den Staatsstreich wagen, weil ihnen sonst die Massengefährdung des Faschismus bald beginnen würde auseinanderzulaufen.

Die SPD warnt, beschwört. Sie ruft zu Demonstrationen, um den Massen Kampfwillen der SP vorzutauschen, in Wirklichkeit aber die angesammelte Energie der Massen verpuffen zu lassen nach dem berühmten Muster des Schlaucheris Friedrich Adler. Das Einzige jedoch, was in dieser für das Proletariat immer gefährlicher werdenden Lage, helfen würde, die geschlossene Kampffront der Gesamtarbeiterklasse gegen den Faschismus, das verhindert die SP nach allen Regeln ihrer verräterischen Kunst. Sie stellt «nur eine» Bedingung: «den beschämenden gegenseitigen Kampf in dieser Stunde der gemeinsamen Gefahr einzustellen». Die «Arbeiter-Zeitung» (7. Juli) nennt das eine «selbstverständliche Forderung». Welche Heuchelei!

Ohne gegenseitige Kritik ist es gar nicht möglich, eine richtige Politik der proletarischen Einheitsfront herauszuarbeiten, ihren Marsch auf richtiger Linie zu sichern. Wer zur Bedingung stellt, die Kritik einzustellen, der sabotiert die Einheitsfront bewußt. Ihr Heuchler, sprecht offen vor den Massen: Wollt ihr die gegenseitige Kritik unterbinden? Ja oder nein? Um die klare Antwort auf diese klare Frage drückt sich die Sozialdemokratie und — sabotiert die proletarische Einheitsfront seelenruhig weiter. Sie tut das so gründlich, daß selbst die bürgerliche «Vossische Zeitung» schreibt: «Seit 13 Jahren hat keine Regierung vor der Opposition her so ihre Aufgabe erleichtert bekommen.»... Die sozialdemokratische Tolerierungspolitik ist liquidiert — nicht weil die Sozialdemokratie etwa die Grundlinie ihrer Politik aufgegeben hätte, die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aufgegeben hätte: an der Koalitionspolitik wird die SP festhalten bis zum letzten Atemzug — sondern weil die Bourgeoisie auf das Zusammenwirken mit, auf die Tolerierung durch die sozialdemokratischen Lakaien einfach pfeift. Der sozialdemokratische Mohr hat seine Schuldigkeit für den Kapitalismus getan, jetzt geben ihm die Kapitalisten den Fußtritt. Da die Papen-Hitler auf die Tolerierung also pfeifen, toleriert die SP nicht mehr, aber — sie kapituliert: die sozialdemokratische Sabotage der proletarischen Einheitsfront läuft in ihrer Wirkung in die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Faschismus.

Da und dort beginnen Arbeiter sich zu

wehren. Kräftig zu wehren. Sehr kräftig. Siehe Altona. Wer denkt nicht an die Hamburger Helden von 1923. Doch die größte Kühnheit des Vortrupps kann die Massen nicht ersetzen. Nicht an Stelle der Massen, sondern mit den Massen zu kämpfen, darauf kommt es an. Zusammen mit den kämpfenden Massen wirken kühne Vortrupps Wunder für den Massenkampf, ohne Massen setzen sie Heldentaten, die dem Wesen nach nichts ändern an der großen Entscheidung. Der zentralisierte Aktion der Faschisten die zentralisierte Aktion der Millionenmassen entgegenzusetzen in kürzester Zeit, darauf kommt es an! Darauf muß die Hauptanstrengung der revolutionären Partei vereint werden, der kommunistischen Partei. Das allein schafft die Bürgerschaft des Sieges und nur die proletarische Einheitsfront kann das leisten. Der Kampfwillen der Massen steigt, der elementare Drang der Massen nach der einheitlichen Kampffront steigt: Welche Riesenchancen für die KP, dieser Massenstimmung zum Durchbruch, zum Erfolg, zum Siege zu verhelfen, den Massenkampf zu beflügeln in der Richtung der proletarischen Revolution! Allein, kommunistische Partei und Stalin-Bureaukratie, das sind zwei Dinge

Unter dem Druck der Massenstimmung, der Stimmung der kommunistischen Arbeiter, der gesteigerten Aktivität der Linksoption, gibt die Stalin-Bureaukratie weiter nach. Alles mögliche baut sie ab, was sie noch vor kurzer Zeit als «unumstößlich» verkündet. Tausende bester Kommunisten, die die Abkehr von dem stalinischen Unsinn verlangten, hat sie aus der Partei gestoßen. Sogar die RGO-Politik, sogar die RGO — einstweilen nur in Deutschland, in Oesterreich feiert die RGO-Politik noch Orgien — beginnt sie schon abzubauen. Doch das Allerhöchste, die «Unfehlbarkeit» des Stalinismus, darf nicht leiden. Darum vollzieht die Stalin-Bureaukratie, um den Bankrott ihrer Politik zu verbergen, die Umgruppierung geheim vor den Massen der Arbeiter und Kommunisten, möglichst vorsichtig und darum möglichst — langsam. Allein die Zeit drängt, der Faschismus kündigt sich den Teufel um die Prestigebedürfnisse Stalins und seiner Bureaukratie. Der Bürgerkrieg ist bereits im Gang. Schon werden Arbeiter von den Faschisten nicht nur niedergeknallt, sondern in aller Form gehenkt. Die furchtbare Gefahr schreit nach der Einheitsfront, jede Minute des Zögerns bringt schon schwere, blutige Verluste, verschlechtert die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Der wackere Thälmann aber prahlt selbstzufrieden (R. F., 17 Juli): «Tausende von sozialdemokratischen Klassengenossen haben im Rahmen der (rotens) antifaschistischen Aktion praktisch den Weg zur gemeinsamen Kampffront mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern gefunden.» Man denke — tausende! ... Zum antifaschistischen Massenkampf, wackerer Thälmann, gehören die — Massen!

Nur wenn es gelingt, die gesammelte Massenkraft der vierzehn Millionen deutscher Arbeiter in kürzester Zeit in einheitlicher Kampffront dem Faschismus entgegenzuwerfen, ist der Sieg möglich, dann aber ist er auch wahr-

scheinlich, ja sicher. Acht bis neun Millionen davon folgen der SPD. Die Einheitsfront der Millionenmassen in kürzester Zeit kann also jetzt nicht anders entstehen als durch die Einheitsfront von KPD, SPD, freie Gewerkschaften. Das sieht der Blinde. Nur die Thälmann & Co., das heißt ihr Meister Stalin, sieht das nicht. Das heißt, er sieht es und — bleibt doch zufrieden mit «Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitern». Mehr kann nämlich Stalins «rote» Einheitsfront nicht leisten und an der hält der «Meister» fest, denn gerade in dieser Frage hat er sich so festgerannt, daß er nicht mit Unrecht fürchtet, bei der Wendung von seiner «roten» zu Lenins proletarischer Einheitsfront das zu verlieren, was ihm das Wichtigste von allem: Den letzten Rest seines so sehr zusammengeschrumpften Prestiges. Die Sozialdemokratie sabotiert die Einheitsfront und der Stalinismus ermöglicht ihr, die Schuld am Nichtzustandekommen der Einheitsfront den kommunistischen Parteien in die Schuhe zu schieben. Der Stalinismus macht der Sozialdemokratie die Mauer.*

Die Kommunisten müssen handeln! Die KP muß sofort die Initiative ergreifen:

Heran an die sozialdemokratischen Spitzen, heran an die sozialdemokratischen Führer, die in Worten von der Einheitsfront triefen und sie in Wirklichkeit verhindern, heran an die sozialdemokratische Partei, an die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit einem praktischen Angebot konkreter Kampfmaßnahmen, die sowohl der Lage, als der Bereitschaft der Millionenmassen, dafür heute wirklich zu kämpfen, sorgfältig entsprechen, heran mit einem realistischen Aktionsprogramm praktischer Maßnahmen des Kampfes gegen Faschismus, Hunger, imperialistischen Krieg. Sofort hinein in die Massen für dieses Aktionsprogramm, für die Einheitsfront zum Kampf für dieses Aktionsprogramm! Entfaltung des Massendruckes von unten, um die Sabotage der sozialdemokratischen Spitzen zu brechen, um sie ihnen aufzuzwingen, die proletarische Einheitsfront des Kampfes gegen Faschismus, Hunger, imperialistischen Krieg!

Das Festhalten an Stalins «roter» Einheitsfront, die Ausrede, «mit den sozialdemokratischen Führern kann man keine Einheitsfront schließen», hilft nicht den Arbeitern, aber den sozialdemokratischen Führern, der Sozialdemokratie. Mehr noch: In ihrer Wirkung verhindert Stalins «rote» Einheitsfronttaktik die Massen einheitsfront, die allein den Faschismus besiegen kann, läuft also faktisch hinaus auf — Kapitulation vor dem Faschismus.

Die kommunistischen Arbeiter müssen handeln, müssen handeln zusammen mit der Linksoption.

Sofortiger Schluß mit Stalins «roter» Einheitsfronttaktik! Sofortiger Übergang zu Lenins proletarischer Einheitsfronttaktik! Sofortige Massenkampagne für die proletarische Einheitsfront an der Hand eines konkreten Aktionsprogramms! Sofortiges öffentliches Angebot vor den Massen an die zentralen Spitzen der Sozialdemokratie und die von ihr geführten freien Gewerkschaften zur Bildung der Einheitsfront des Kampfes gegen Faschismus, Hunger, imperialistischen Krieg, auf der Grundlage eines konkreten Aktionsprogramms, bei beiderseitiger organisatorischer Selbständigkeit, bei beiderseitigem Recht auf Kritik!

Im internationalen Maßstab: Sofortiger Schluß mit der Stalin-Politik! Sofortiger

* Nach der «A.-Z.» vom 20. Juli ist die KPD durch den Moskauer Rundfunk angefordert worden, den «Bürgern der beiden Arbeiterparteien» — «erst wenn der gemeinsame Feind geschlagen sei, könnten die Auseinandersetzungen wieder aufgenommen werden. Wir hatten diese Nachricht für einen sozialdemokratischen Schwendel. Doch zum Trauen ist es solcher Umfanges entfalteten Meister Stalin gewiß. Von ultralinker Abenteuerpolitik zum Opportunismus und dann wieder nach ultralinks, um die opportunistische Schweinerei mit neuem Abenteuer zu vertuschen, darin besteht in der Zentrums des politischen Charlatans Zelleis-Stalin. Burgfrieden mit der SP (der «Arbeiterpartei»). «Einstellung der Auseinandersetzung mit der SP», das heißt Einstellung der Kritik an der SP, das wäre nicht proletarische, sondern sozialdemokratische Einheitsfront, das heißt glatte Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Verrat.

Übergang zur Lenin-Politik! Sofortige Einberufung des Weltkongresses der kommunistischen Internationale zur Konzentration aller kommunistischen Kräfte auf der Linie Lenins! Sofortige Rückberufung der Linksoption in alle kommunistischen Parteien!

„Belgisch reden“

Prüfen wir die Tatsachen des großen Kampfes der belgischen Arbeiter an der Hand der Arbeiter-Zeitung:

Die Arbeiter sind zur Abwehr des Lohnabbaues, der Teuerungsoffensive, des Angriffs auf die Arbeitslosen in Streik, Massenstreik, in Massenaktion getreten ohne und trotz der Sozialdemokratie und der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften. Erst als die SP sah, daß die Massen ohne sie handeln, da erst griff sie ein, die Führung an sich zu ziehen — um den Kampf abzubrechen. Das geht klar hervor aus der A. Z. vom 13. Juli, die berichtet: «Der Generalrat der SP und die Gewerkschaftskommission haben den sofortigen Generalstreik abgelehnt.»

Aber die belgischen Arbeiter gingen den Weg des Massenkampfes weiter. Sämtliche Bergarbeiter aller Reviere traten in Streik. Und den Bergarbeitern schlossen sich an die Metallarbeiter. Und den Metallarbeitern begannen sich anzuschließen die anderen Branchen. Und überall waren die Arbeitslosen Schulter an Schulter mit den Betriebsarbeitern. Und überall waren die Arbeiterfrauen an der Spitze der kämpfenden Massen. Gegen die vulkanische Bewegung der Millionenmasse, die energisch und wo nötig klug handelte, erwies sich trotz Polizei, Gendarmerie und Militär der Ausgang als zu riskant, zu unsicher, die belgischen Kapitalisten begannen den Rückzug anzutreten. Kaum hatten das die sozialdemokratischen Lakaien bemerkt, schwenkten sie schnell um und taten das, was die A. Z. am 14. Juli berichtet: «Aber die (sozialdemokratische) Partei und die (sozialdemokratisch geführten) Gewerkschaften haben alsbald die Führung wieder in die Hand genommen. Sie haben sich — man denke! — bedingungslos an die Seite der Streikenden gestellt» (nämlich als die Arbeiter ohne die SP und trotz der sozialdemokratischen Sabotage Erfolge erzielt hatten). Und am 17. Juli schwindelte die A. Z. jubelnd: «Die belgischen Arbeiter verdanken ihren Sieg der Einigkeit (nämlich der Arbeiter, während die SP «einig» war — mit den Kapitalisten) und der geschickten parlamentarischen Taktik der sozialdemokratischen Abgeordneten». Gut gefällt, Löwel! Als die Arbeiter ohne und trotz der SP gesiegt hatten, da haben das die sozialdemokratischen Federfuchser mit Tinte im Parlament schnell zu Papier gebracht...

«Belgisch reden» heißt also bei der SP nicht so handeln, wie die belgischen Arbeiter gehandelt, sondern so zu handeln, wie die belgische Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen aus der belgischen Erfahrung lernen:

1. Auch in Zeiten der akutesten Krise können die Arbeiter große Erfolge erringen, allein nur unter der Grundbedingung, daß wirklich die Massen, das heißt, daß die Millionenmassen wirklich handeln, kämpfen.

2. Die Sozialdemokratie hat zur Grundlinie ihres ganzen Verhaltens die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, sie ist grundsätzlich außerstande, einen wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Sie täuscht Kampf nur vor, um die Massen hinter sich zu halten. Ihr «Kampf» besteht in dröhnenden Worten bei Gedenkfeiern und dergleichen und in Scheinaktionen, wozu sie heute in Oesterreich besonders die Arbeiterjugend und den Schutzverband mißbraucht. Treten die Arbeitermassen aber selbst in Kampf, dann sucht die SP den Massenkampf im Interesse des Friedens, der Wirtschaft, des Landes, liest der Bourgeoisie, zu verhindern, über die Massen zunächst sich selbst, um die Verantwortung für eine eventuelle Niederlage auf die Masse zu wälzen. Kommen jedoch immer größere Massen in Bewegung, zeigt sich, daß die kapitalistischen Herren den Rückzug antreten müssen, dann stellt sich alsbald die Sozialdemokratie wieder bedingungslos an die Seite der Streikenden, nämlich um eine weitere Ausdehnung des Massenkampfes, der die Fundamente der kapitalistischen

